

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXII. Jahrgang, Nr. 11

November 1949

Inhalt

Vielfältige Reaktionen auf Verzögerung der Wechselkursregelung

Die Neuordnung der österreichischen Devisenbewirtschaftung

Der erste Schritt auf dem Wege zu einem freien Devisenmarkt

Die Ursachen der Wechselkursanpassung

Erhöhung des offiziellen Kurses und Einführung eines zweiten Devisenmarktes

Die wirtschaftliche Bedeutung der Kursregelung

Bereinigung und Vereinfachung der Grundlagen — Keine unmittelbare Belebung des Exportes — Günstige Bedingungen für eine „Liberalisierung“ des Außenhandels

Wirtschaftspolitische Voraussetzungen für den Erfolg der Kursanpassung

Sicherung der Lohn- und Preisstabilität — Vermeidung übermäßiger Anpassungsschwierigkeiten

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Zurückstellung des Bundesvoranschlages 1950 — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft; Die Entwicklung des Schweinebestandes — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion; Der neue Index der Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr; Die Tätigkeit der Österreichischen Reisekasse — Außenhandel

Die Ursachen des Rückschlages des österreichischen Außenhandels seit Mai 1949

Veränderungen der Beschäftigungsstruktur in Wien

Die Entwicklung von 1946 bis 1949 und die gegenwärtige Struktur im Vergleich mit 1938 — Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur Wiens seit dem Kriege — Die gegenwärtige Beschäftigungsstruktur

Österreichische Wirtschaftszahlen (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Vielfältige Reaktionen auf Verzögerung der Wechselkursregelung

Die seit der Pfundabwertung bis zur Neuordnung der Devisenbewirtschaftung am 22. November 1949 anhaltende währungspolitische Unsicherheit hat einen selbsttätigen, allein durch psychologische Reaktionen genährten Prozeß ausgelöst, der die österreichische Wirtschaft gegenwärtig vor ernste Schwierigkeiten stellt. Die jüngste Entwicklung möge für die Wirtschaftspolitik eine Warnung sein. In Hinblick wird dem psychologischen Verhalten einer durch mehrere Preis-Lohn- und Währungsmanipulationen äußerst mißtrauisch gewordenen Bevölkerung mehr Beachtung geschenkt werden müssen. Notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen werden nicht nur rasch und entschlossen durchzuführen, sondern auch der Bevölkerung in eindeutiger und überzeugender Weise zu erklären sein. Die nunmehr vorliegenden statistischen Daten gestatten es, die seit zwei Monaten mit erstaunlich logischer Konsequenz ablaufende psychologische „Kettenreaktion“

im einzelnen ziffernmäßig zu verfolgen und zu analysieren.

Die durch die Pfundabwertung in der gesamten Bevölkerung ausgelöste Befürchtung, daß auch in Österreich an der Währung „irgend etwas“ geändert werde, über dessen Art und Tragweite selbst in der Geschäftswelt nur sehr verschwommene Vorstellungen herrschten, hatte eine ziemlich verbreitete Flucht in die Sachwerte zur Folge, die zwar nicht gerade in eine Kaufpanik ausartete, aber immerhin in den Umsatzziffern einen deutlichen Niederschlag fand. Die Einzelhandelsumsätze sind im September um 18% und im Oktober neuerlich um 33% gestiegen, die Umsätze in den Warenhäusern sogar um 37% und 38%. Besonders stark nachgefragt wurden Schuhe, Hausrat und Herrenkonfektion, also vorwiegend dauerhafte Konsumgüter, die sich zur Bevorratung eignen. Die Steigerung der Einzelhandelsumsätze im September und Oktober geht allerdings

nicht nur auf spekulative Warenhortungen zurück. Teilweise wurden auch — vorsichtshalber — Weihnachtseinkäufe vorverlegt. Die etwas geringere Zunahme der *Gesamtumsätze* — die Umsatzsteuereinnahmen haben sich im Oktober nur um 14% erhöht — dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Erzeuger- und Großhandelsbetriebe leichter Ware zurückhalten konnten als die Einzelhandelsgeschäfte.

Das Zusammentreffen von verstärkter Nachfrage und Zurückhaltung des Angebotes erzwang marktgesetzliche *Preissteigerungen*. Von Mitte September bis Mitte Oktober waren diese vorwiegend auf reagiblen Märkten fühlbar — der Goldpreis stieg um 35% und die Kurse für Industrieaktien stiegen um 8% —, während sich die Lebenshaltungskosten nur um 1,1% verteuerten. Von Mitte Oktober bis Mitte November griff jedoch der Preisauftrieb auch auf weniger reagible Märkte über. Der *Lebenshaltungskostenindex* nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema stieg infolge höherer Preise für Reis, Eier, Obst, Gemüse, Kartoffeln, Genußmittel, Bekleidung und Schuhe um 4,2% (von 496,9 auf 517,8; April 1945 = 100). Neben dem spekulativen Moment spielten allerdings auch saisonmäßige Einflüsse (Obst, Gemüse, Eier) sowie das Steigen der Weltmarktpreise (Kaffee) eine Rolle. Im Gegensatz zu den Lebenshaltungskosten blieben die Preise auf den reagiblen Märkten von Mitte Oktober bis Mitte November bemerkenswert stabil; die Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum zogen nur um 2% an, die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise blieben im Durchschnitt unverändert und die Aktienkurse gingen sogar leicht zurück (von 322,1 auf 315,8; März 1938 = 100). Die „schwarzen“ Devisenkurse stiegen von Ende September bis Ende Oktober um 2%.

Auch der *Arbeitsmarkt* stand unter dem Einfluß einer spekulativ erhöhten Nachfrage. Während gewöhnlich bereits im Oktober ein saisonbedingter Rückgang der Beschäftigung einsetzt, stieg diesmal die Zahl der Krankenversicherten um 5.700 und erreichte mit 1.970.100 einen neuen Höhepunkt. Die Mehrbeschäftigung ist vorwiegend durch eine erhöhte Baunachfrage bedingt¹⁾. Gleichzeitig ging die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden von 72.315 auf 71.747 zurück (die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug Ende Oktober 42.280).

Die Entwicklung des *Geldumlaufes* fügt sich widerspruchslos in das Gesamtbild ein. Während der

¹⁾ Während das Baugewerbe in der Hauptsaison unterbeschäftigt war und nur mit Mühe seinen Arbeiterstand halten konnte, setzte im September und Oktober plötzlich eine starke Nachfrage nach Bauleistungen ein, die nur teilweise befriedigt werden konnte.

Notenumlauf bis Ende August zufolge der zurückhaltenden Freigabepolitik der ECA und einer vorsichtigen Kreditpolitik der Nationalbank schrittweise stabilisiert werden konnte, sank er im September um 140 Mill. S und im Oktober um weitere 327 Mill. S. Am 23. November unterschritt der Notenumlauf mit 4.940 Mill. S erstmalig seit August 1948 die 5 Mrd.-Grenze. Dieser beachtliche Rückgang ist zweifellos — ebenso wie die stärkere Entlastung der Nationalbank vor dem Währungsschutzgesetz — auf die Flucht aus dem Geld in die Sachwerte zurückzuführen. Infolge verstärkter Kauflust der Konsumenten, deren Bargeldhorte in die Wirtschaftströmen und sich in Scheckeinlagen niederschlugen, sowie infolge von Kreditrückzahlungen der Unternehmer, die eine Geldabschöpfung befürchteten, floß zunächst das Bargeld in die Kreditinstitute, die es teils in Nationalbank-Giroguthaben und teils in Bundesschatzscheinen anlegten (die Kreditinstitute vermehrten im Oktober ihr Nationalbank-Giroguthaben um 31 Mill. S und übernahmen gleichzeitig 150 Mill. S Bundesschatzscheine). Wenn nicht neue Kaufkraft in die Wirtschaft gepumpt wird, wird sich das wirtschaftliche Leben aber schon in absehbarer Zeit wieder normalisieren müssen, und zwar deshalb, weil die ihrer liquiden Mittel weitgehend entblößten Konsumenten notgedrungen nicht mehr kaufen werden können und die Unternehmer langsam doch wieder gezwungen sein werden, Waren anzubieten.

Als letztes Glied in dieser Kette psychologischer Reaktionen traten *Lohnforderungen* auf, die mit der fühlbaren Verteuerung der Lebenshaltung begründet wurden. In der Erkenntnis, daß eine allgemeine Lohnerhöhung nur eine neuerliche Preisspirale auslösen würde und gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt gesamtwirtschaftlich äußerst nachteilige Folgen zeitigen müßte, begnügte sich die Arbeiterschaft vorläufig mit einer einmaligen „Überbrückungshilfe“, die im allgemeinen in Höhe eines Wochenlohnes bzw. eines Viertels des Monatsgehältes gewährt wurde. Außerdem wurden energische Maßnahmen gegen spekulative Preissteigerungen verlangt.

Als die Entwicklung immer bedenklichere Formen annahm und sich die innerpolitischen Spannungen zusehends verschärften, versuchten die Wirtschaftspolitiker durch Diskriminierung von „Preistreibern“, durch polizeiliche Preiskontrollen und durch erhöhte Einfuhrbewilligungen für Konsumgüter spekulative Preissteigerungen zu unterbinden. Außerdem wurde beschlossen, das Preisregelungsgesetz, das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz sowie das Rohstofflenkungsgesetz, die alle drei mit Jahresende außer Kraft treten sollten, bis Mitte 1950 zu ver-

längern. Der Erfolg dieser Maßnahmen war jedoch bisher, im ganzen gesehen nur sehr bescheiden. Voraussichtlich werden sich die spekulativ und saisonbedingt überhöhten Preise nach den Weihnachtsfeiertagen von selbst — unter dem Zwange ökonomischer Gesetze — wieder rückbilden.

Die *gewerbliche Produktion* entwickelte sich unbeschadet der labilen Währungslage weiterhin günstig und erreichte im September — nach vorläufigen Berechnungen — einen neuen Höchststand. Auch im Oktober dürfte, abgesehen von einigen kleinen saisonbedingten Rückschlägen vor allem in der Baustoffindustrie, das hohe Produktionsniveau gehalten worden sein.

Für den *Außenhandel* liegen erst die Septemberergebnisse vor, in denen die Auswirkungen der internationalen Währungsabwertungen noch nicht zum Ausdruck kommen. Die Ausfuhr stieg um 33 Mill. S auf 254 Mill. S und die kommerzielle Einfuhr um 72 Mill. S auf 409 Mill. S. Die Einfuhr aus der direkten ERP-Hilfe wird vorbehaltlich späterer Korrekturen mit 119 Mill. S angegeben. Die weitere Entwicklung der Ausfuhr hängt von den gegenwärtig nur schwer absehbaren Auswirkungen der am 22. November durchgeführten Neuordnung der Devisenbewirtschaftung und der für Mitte Dezember vorgesehenen Teil-„Liberalisierung“ des innereuropäischen Handels ab.

Die Neuordnung der österreichischen Devisenbewirtschaftung

Der erste Schritt auf dem Wege zu einem freien Devisenmarkt

Die am 22. November 1949 verkündete Neuordnung des österreichischen Devisen- und Außenhandelsverkehrs leitet eine neue Entwicklungsphase der österreichischen Nachkriegswirtschaft ein. Hatte man bisher das Augenmerk fast nur den Problemen der *inneren* Wirtschaftspolitik, vor allem der Stabilisierung der Lebenshaltungskosten und der Löhne, der Währungssicherung, der Ankurbelung der Produktion und der Erhaltung der Vollbeschäftigung zugewendet und sich nur wenig darum gekümmert, ob sich das innere Preis-Lohn-Gefüge und die Produktionsstruktur auch in einen größeren internationalen Zusammenhang fügen werden, so drängt nun das naherrückende Ende des ERP — und damit der Zwang, aus eigenen Kräften die Zahlungsbilanz auszugleichen — zu einer *grundlegenden Neuorientierung der Wirtschaftspolitik*. In diesem größeren Zusammenhang bedeutet die Angleichung des Schillingkurses an die internationalen Kaufkraftparitäten nur einen ersten, wenn auch wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes. Dieses Ziel wird allerdings nur dann erreicht werden, wenn gleichzeitig auch die Produktivität der Arbeit gesteigert wird und die Produktionskräfte (einschließlich der ERP-Hilfe) — bei Einschränkung des öffentlichen und privaten Verbrauches — zielbewußt auf die leistungsfähigsten Exportzweige umgelenkt werden. *Dazu bedarf es allerdings eines fundierten wirtschaftspolitischen*

Konzeptes und der Zusammenfassung aller ERP-Agenden — Planung, Programmierung und Durchführung —, die heute von zahlreichen Stellen unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten behandelt werden, in einer einzigen, wirksamen Organisation.

Die Ursachen der Wechselkursanpassung

Der von den alliierten Besatzungsmächten im Jahre 1945 willkürlich festgelegte Kurs von 1 Dollar = 10 Schilling entsprach von Anfang an nicht den wirklichen Kaufkraftparitäten. In den ersten Jahren nach Kriegsende war der Schillingkurs, gemessen an der Relation der gebundenen Inlandspreise und der Weltmarktpreise viel zu niedrig, so daß lieferfähige Exporteure hohe Gewinne erzielen konnten. Infolge der starken Dynamik des inneren Preis- und Lohnniveaus ging der Preisvorsprung gegenüber dem Ausland jedoch allmählich verloren. Nach dem ersten Preis-Lohn-Abkommen im Herbst 1947 war der offizielle Kurs durch die Preisentwicklung bereits überholt und der Export mußte zunehmend in Kompensationsgeschäften ausweichen. Später behalf man sich mit differenzierten Belassungsquoten und mit Agiogeschäften, bei denen regelmäßig außer den offiziell zugestandenen Agiosätzen ein je nach der Belastungsfähigkeit der Importwaren verschiedenes hohes Privatagio bezahlt wurde. Auf diese Weise ergab sich ein Nebeneinander zahlreicher, je nach Ware, Branche und Geschäftspartner verschiedener Wechselkurse, die vom offiziellen Kurs weit abwichen. Vor der Pfundabwertung betrug der *Durchschnittskurs* im